

Deutschlands erste Stadt wird privatisiert Der neoliberale Geist in Würzburg

Der Zeitpunkt der Bekanntgabe war wohl gewählt. In dem Rummel „Europa schaut auf Würzburg“ ging eine kurze, aber ungemein wichtige Meldung fast unter. Wieder ist die Stadt Würzburg Vorreiter bei der Privatisierung.

Mit der Bertelsmann-Tochter arvato hat die Stadt Würzburg, gemäß einer Meldung der Main-Post vom 27. April, ein PPP-Abkommen (Public Private Partnership) über die Privatisierung der ersten Stadtverwaltung in Deutschland geschlossen. Der Bertelsmannkonzern, mit einem Umsatz von 4.782 Milliarden Euro, hat hier einen weiteren Milliardenmarkt im Visier. Im Jahr 2005 lockte man die erste Gemeinde in Großbritannien mit einem ähnlichen Vertrag und dem Versprechen 600 zusätzlichen Arbeitsplätzen zu schaffen, die freilich bis heute nicht entstanden. Dort erhebt arvato nun für die Stadt lokale Steuern, bearbeitet Wohngeldanträge und Personalabrechnungen. Auch die Bürgerbüros werden dort von arvato betrieben.

In 8 Jahren sollen durch das Outsourcing-Projekt in Würzburg 25.000.000 Euro, offenbar im Personalbereich, eingespart werden. Doch die Stadt, und damit die Bürger, werden nicht von den geplanten Einsparungen profitieren. Stattdessen wird der Bertelsmannkonzern das Geld für den Aufbau einer Gesellschaft verwenden, die diese Dienstleistungen auch weiteren Kommunen zur Verfügung stellen soll. Die Bürgerinnen und Bürger in Würzburg sollen die Investitionen zur besseren Ausbeutung anderer Kommunen bezahlen, das ist einfach nur noch verwerflich.

Der arvato-Konzern, der damit direkten Zugriff auf sensible Daten der Bürger erhält, betreibt unter anderem auch Telefonwerbeagenturen und Adresshandel, warnt die Sprecherin der Linken, Belinda Brechbilder. Die Linkspartei.PDS und die WASG Würzburg sprechen sich ganz entschieden dagegen aus, dass die Stadt kommunale Aufgaben und die Daten der Bürger dem Medienkonzern Bertelsmann überantwortet.

Die Stadt Würzburg begibt sich ohne Not und ohne klare Vorteile in die Abhängigkeit eines Milliardenkonzerns. Die Zustimmung des Stadtrats ist grob fahrlässig und gefährdet den Handlungsspielraum künftiger Kommunalparlamente massiv. Die leichtfertige Privatisierung, ohne öffentliche Diskussion im Vorfeld, macht deutlich wie wichtig der Wahlantritt der LINKEN zur Kommunalwahl ist.

Der Sprecher der Linken.Würzburg, Georg Kehrer, wies darauf hin, dass der arvato-Konzern bereits in der Kritik steht. Er will für die Beschäftigten der übernommenen Telekom-Callcenter die Arbeitszeiten heraufsetzen und gleichzeitig die Löhne massiv kürzen. „Wir werden im Kommunalwahlkampf einen Schwerpunkt auf Privatisierungen, die so genannten PPP-Projekte, legen und die Bürger über die Gefahren informieren. Die künftigen Handlungsspielräume der Stadt und die Interessen der Beschäftigten dürfen nicht durch neoliberale Abenteuer aufs Spiel gesetzt werden.“

Dies ist der Startschuss für eine neue bundesweite Privatisierungswelle. Die Bertelsmann Stiftung betreibt seit Jahren massive Lobbyarbeit und „berät“ die Politik auf Bundes- und EU-Ebene. Die verschiedenen Gremien in der Linken werden sich mit diesem neuen Privatisierungsvorstoß intensiv befassen.